

Reichstagsabg. von Oldenburg-Jannichau. Zahlreiche hohe Reichswehroffiziere wohnten von Anfang bis zu Ende dem Appell bei, ebenso der österreichische oberste Heerwehrrichter, Fürst Starhemberg. Etwas später erschienen die Vertreter der Reichs- und Staatsregierungen: Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher, Reichsinnenminister Freiherr von Gaps, Reichsernährungsminister von Braun, Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, die preussischen Minister Dr. Pracht und Ernst, der württembergische Minister Schäfer, mit ihnen zahlreiche hohe Ministerialbeamte. Man sah auch viele Parlamentarier, Vertreter des Deutschen Kolonialkriegerbundes und anderer Wehrorganisationen, unter ihnen auch den Major Pabst. Besonders herzlich wurde der Reichskanzler von den Zuschauermassen begrüßt.

Darauf schritten die beiden Bundesführer Seidte und Duesterberg die

enbloße Front der Feldgrauen ab, die in vier Treffen aufgestellt waren, dahinter die Motorradbrigade, die Bersiegungsstaffeln und die Sanitätsabteilungen. Tausende von schwarz-weiß-roten Fahnen wehten im Winde. Aus 180 000 Reihen löste den Bundesführern ein „Guten Morgen!“ entgegen. Eine Fliegerkassell kreuzte über dem Felde. Nach dem Abschreiten der Front bestiegen die beiden Bundesführer die Rednerkanzel, neben der mehrere hundert neu zu weibende Fahnen aufgestellt waren. Nach dem Kommando „Stillgestanden!“ nahm zunächst der Erste Bundesführer Seidte das Wort.

Die Reden der Bundesführer.

Der Erste Bundesführer, Seidte, führte aus: Heute sind wir so weit, daß solbatische Denken und solbatische Haltung wieder verstanden werden in Deutschland, daß die Dinge, die die anderen nicht meistern konnten, von selbst an uns herankommen: an die Besten, an die Zähmsten, an die Tapfersten, an die Treuesten — an Deutschlands Soldaten.

Dieser Erfolg der solbatischen Idee ist euer Erfolg, meine Kameraden. Die alte deutsche Armee ist nicht mehr, aber der Geist der Disziplin, der Geist des Dienstes am Ganzen, der Geist des Opfers für die Gemeinschaft, dieser Geist der alten Armee, der Geist der Front,

mit dem wir den Geist eines neuen deutschen Staatsbürgertums verbinden, steht unter den alten ruhmvollen Farben heute wieder auf diesem historischen Felde. Der Stahlhelm, der den grauen Rod trägt, in dem 1914 ein einiges Volk zum Schutz der Heimat auszog, dieser Stahlhelm ist keine Partei. Er kämpft nicht für sich, sondern für Deutschland. Er will nicht die Gewalt, sondern das Gesetz. Er fordert nicht die staatliche Macht, sondern den mächtvollen Staat, den Staat, unter dem das ganze Deutschland in freier, friedlicher Arbeit einer neuen, besseren Zeit und Zukunft entgegengehen kann.

Dann wiederholte der Erste Bundesführer das Gelöbnis des Bundes, das Gelöbnis auf die Stahlhelmschwärze, und viermal wiederholten die Feldgrauen Massen den Eid ihres Führers: „Wir geloben es“, daß es wie Donnerrollen über die weite Fläche hallte. Stahlhelmer und Zuschauer, eine halbe Million Menschen, sangen dann das Deutschlandlied, dem das Lied vom „Guten Kameraden“ folgte.

Die Fahnenweihe.

Im Anschluß daran weihte der Zweite Bundesführer, Oberleutnant a. D. Duesterberg, die neuen Fahnen mit einer Ansprache, in der er u. a. ausführte: Bünde und Parteien sind nicht Staatszweck, sie sind nur lebensberechtigt im Dienste am Vaterland. Wie die Feldgrauen einst für Deutschland kämpften, litten, bluteten und fielen, so will der Stahlhelm weiter für Deutschland arbeiten und streiten, bis Deutschlands Freiheit errungen ist.

Im Namen des Bundes weihte ich die neuen Fahnen und gebe ihnen den gemeinsamen Spruch: „Seid einig im Stahlhelmschwarz!“ Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten; „Front Heil!“

Die Parade.

Dann begann bei strahlendem Sonnenschein auf dem dem Tempelhofer Feld die eigentliche Parade, der gewaltige Vorbeimarsch der 180 000 Stahlhelmer aus allen deutschen Gauen im Paradeschritt vor den Bundesführern und den Ehrengästen. Zuerst kam der Landesverband Groß-Berlin, ihm folgten die vielen anderen Landesverbände des Bundes der Frontsoldaten. Den Vorbeimarsch des besonders stark vertretenen Gauses Schlesien nahmen neben den Bundesführern auch der Kronprinz ab, der bei dieser Gelegenheit die Mitglieder der Reichsregierung,

die der Parade mit höchstem Interesse folgten, herzlich begrüßte. Die mit Blumen geschmückten, schier endlosen Kolonnen und insbesondere die den einzelnen Landesverbänden voranmarschierenden Fahnenkompagnien, wurden von der unermüdbar stundenlang ausdauernden Menschenmenge immer wieder mit lautem Jubel begrüßt. Reichskanzler von Papen wohnte dem Vorbeimarsch bis gegen 15 Uhr bei.

Telegrammwechsel mit dem Reichspräsidenten.

Die Bundesführer des Stahlhelms haben folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten gerichtet:

„Die in Berlin aufmarschierenden Stahlhelmlinien und Generalfeldmarschall die ehrerbietigsten und herzlichsten Grüße. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, gelobt dem Herrn Reichspräsidenten seine treue Gefolgschaft für die unabhängige Staatsführung, die die innere und äußere Freiheit des deutschen Volkes erkämpfen wird.“

Reichspräsident von Hindenburg hat darauf folgende Antwort gesandt: „Den zum 13. Reichsfrontsoldatentag versammelten Kameraden vom Stahlhelm danke ich für das Gelöbnis treuer Gefolgschaft und für die überaus herzlichen Grüße. Diese in kameradschaftlicher Gesinnung erwidern, übermittele ich den Wunsch, daß der Geist der Schicksalsverbundenheit und Wehrhaftigkeit aller Volkstruppe Wärme und Kraft nach innen und nach außen und damit unserem Vaterland eine Stellung geben möge, wie sie ihm gebührt.“

Der Abschluß des Stahlhelmtages.

Der Vorbeimarsch der Stahlhelmskolonnen an den Bundesführern dauerte länger als acht Stunden. Den Abschluß bildete die Vorbeifahrt der außerordentlich starken Motorradbrigade. Die Abmarschstraßen waren wieder von Menschenmassen umfüllt, die die Stahlhelmer freudig begrüßten. Der Abmarsch vollzog sich in musterhafter Ordnung. Zu größeren Zwischenfällen ist es, soweit bisher bekannt, nirgends gekommen.

Die beiden Bundesführer hatten am Vormittag Kränze am Ehrenmal sowie an den Denkmälern Friedrichs des Großen und Kaiser Wilhelm I. niedergelegt.

Als Vertreter des von Berlin abwesenden Parteiführers der Deutschnationalen Partei, Dr. Eugenberg, nahm der Reichstagsabgeordnete Schmidt-Hannover am Stahlhelmtag teil.

Frankreich zum Stahlhelmtag.

Heftige Ausfälle der Pariser Presse.

Die Pariser Presse veröffentlichte lange Artikel über den Stahlhelmtag in Berlin und ergeht sich dabei in heftigen Ausfällen gegen den angeblichen Militarismus in Deutschland. So schreibt der „Temps“, die Parade der Stahlhelmer läßt die Weltöffentlichkeit endgültig über Zweck und Ziel der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung auf. Das wahre Deutschland bestimme mit brutaler Offenheit, daß es wieder einmal ein Militärstaat werden wolle. Eine andere Zeitung schreibt, den Stahlhelmer fehlten nur noch die Gewehre und die Kanonen, deren Lieferung die Reichswehr jedoch im gegebenen Augenblick übernehmen werde. Schleicher, der der großen Parade beigewohnt habe, sei höchlich befriedigt gewesen, sein Heer um 180 000 disziplinierte Soldaten erhöhen zu können. Die Mitglieder des Stahlhelms machten nicht den Eindruck von Operettenfiguren; man habe es vielmehr mit echten, ehemaligen Frontkämpfern zu tun.

Die große Notverordnung verabschiedet.

Das Reichskabinett hat am Sonnabend die Notverordnung über das Wirtschaftsprogramm verabschiedet. Sie wird dem Reichspräsidenten in Neudeck durch ein Mitglied des Büros beim Reichspräsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden.

Am Dienstag früh wird die Notverordnung veröffentlicht. Wann der Kanzler sein Programm im Reichstag vertreten kann, steht noch nicht fest. Es ist noch kein Termin für die nächste Reichstagsitzung anberaumt.

Für Erweiterung der Arbeitsbeschaffung.

Die Forderungen des Landgemeindetages.

Der Vorstand des Deutschen Landgemeindetages faßte nach einem Vortrag des Präsidenten, Dr. Gercke, zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung eine Entschließung, in der es u. a. heißt: Die 700 Millionen Mark müßten in Form direkter Aufträge verwendet werden, bei denen nachweisbar die Mittel in erster Linie

für die Beschäftigung von Arbeitslosen verwendet werden. Im übrigen wünschen die Landgemeinden eine Erweiterung des Regierungsprogramms im Sinne ihres bekannten Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Keine Überraschung für London.

Der deutsche Gleichberechtigungsantrag vor dem englischen Kabinett.

Der diplomatische Korrespondent des „Observer“ meldet, die Frage der deutschen Rüstungen berühre augenblicklich noch nicht die englische Regierung. Aber der französisch-deutsche Meinungsanstand gebe der englischen Regierung jederzeit das Recht, einzugreifen, auch wenn keine Einladung von einer der Parteien vorliege. Das Kabinett werde zunächst zu erwägen haben, ob und evtl. inwieweit die deutsche Denkschrift eine Abweichung von den normalen Methoden der Abrüstungskonferenz sei und ob der deutsche Anspruch aus Gründen des Rechts und der Zweckdienlichkeit bestritten werden könne.

Tatsächlich habe die deutsche Denkschrift keine Überraschung ausgelöst,

und es sei daher unwahrscheinlich, daß das Kabinett den deutschen Schritt als „unfair“ betrachten werde. Da die Unterzeichnermächte des Versailler Vertrages nicht die Absicht hätten, in demselben Maße wie Deutschland abzurufen, so frage das englische Kabinett nur pflichtgemäß, ob die deutsche Forderung dadurch gelöst werden solle, daß man Deutschland das Recht gebe, auf den Stand der anderen aufzurufen. Man würde es in London für verunnehmbar halten, wenn die Rüstungsgleichheit durch Wiederaufrüstung Deutschlands erreicht werden würde.

Französische Verschleppungspläne.

Paris, 4. September. Nach Abschluß des heutigen außerordentlichen Ministerrates wurde ein Kommuniqué ausgegeben, in dem es lebhaft heißt, daß Ministerpräsident Herriot über die außenpolitische Lage Bericht erstattet habe. Dagegen veröffentlichte Havas eine Verlautbarung, in der erklärt wird:

Aus Nachrichten, die man nach dem Ministerrat habe erhalten können, ergäbe sich klar, daß der Ministerrat bezüglich der Haltung, die die französische Regierung gegenüber der deutschen Denkschrift einzunehmen gedenke, völlig einig sei. Schon jetzt könne angekündigt werden, daß das französische Kabinett dieses Dokument mit den Regierungen der Staaten prüfe, die das in Lausanne verwirklichte Vertrauensabkommen unterzeichnet haben, und daß bereits andererseits auch eine gleichartige Demarche bei der Washingtoner Regierung unternommen worden sei oder unternommen werden dürfe. Man wisse jedoch darauf hin, daß diese Verhandlungen nur in langsamem Tempo (!) vor sich gehen können und zwar wegen der Ferien, da sich die meisten Regierungschefs oder verantwortlichen Minister in diesem Augenblick nicht in den Hauptstädten ihrer Länder aufhalten.

Herriot selbst hat nach Abschluß des Ministerrates erklärt, die französische Entscheidung über die deutsche Denkschrift werde erst erfolgen, nachdem die Ergebnisse der Zählungnahme mit allen Mächten des Lausanner Konfultats-Vertrages vorliegen würden.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 5. September 1932.

Werkblatt für den 6. September.

Sonnenaufgang	5 ²⁰	Mondaufgang	13 ²⁴
Sonnenuntergang	18 ²⁰	Monduntergang	20 ²⁰

1813: Sieg der Preußen bei Dennewitz.

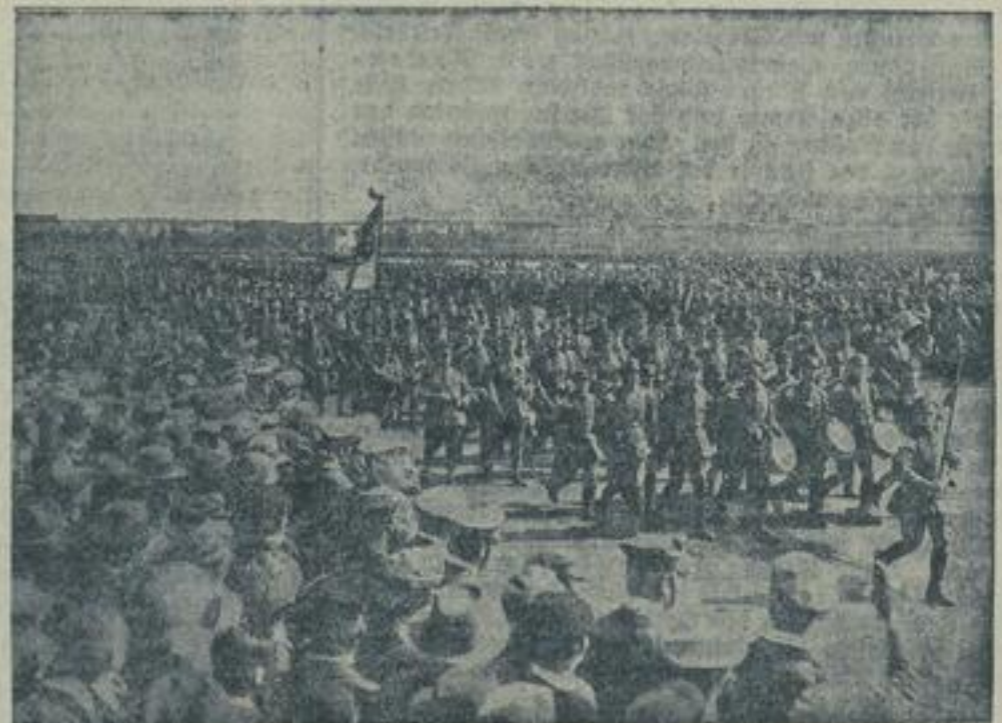
Der letzte Schnitt.

Seine schwerste Zeit hat der Landmann hinter sich. Er allein weiß, was er in den glühend heißen Wochen geschafft, wie er sich geplagt und geradert hat. Jetzt ist die Ernte unter Dach und Fach, und laßt behnen sich die Felder. Aber noch ist keine Zeit zum Feiern. Die Wiesen wellen sich noch grün im Wind. Kreischend fährt die Sense durch das Grummet, schneidend und zischend trennt sie die Halme vom lebenspendenden Boden. Bündel um Bündel neigt sich in jähem Fall zur Seite.

Grummelernte ist's. Lustig und hurtig geht sie vonstatten. Das Rähnen des Grasses erscheint fast wie ein Rinderpiel im Vergleich zum Getreideschnitt. Klar und mild ist die Luft, nicht mehr so drückend schwül und heiß wie bisher. Die Schweißtropfen werden rarer und die Bremsen erträglicher. In der Frühe leidet es ein Stünd-



Ehrengäste beim Stahlhelmaufmarsch. Von links nach rechts: Fürst Starhemberg, Major Pabst, Reichsminister Freiherr von Braun, General Eittrich, Reichsinnenminister von Gaps.



Rückmarsch nach dem Appell.